

## Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Zabergäu im 19. Jahrhundert

von Gerhard Abfahl

Durch die Veröffentlichung und Bereitstellung der Akten der Zentralleitung der Wohltätigkeitsvereine in Württemberg ist es heute möglich, in die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse auch des Zabergäus im 19. Jahrhundert genauere Einblicke zu gewinnen. Die Notzeiten des letzten Jahrhunderts, besonders die Jahre 1816/17 oder 1852 und die Zeiten zuvor, liefern genügend Zeugnisse, um sich ein Bild von den Verhältnissen auf dem Lande machen zu können.

Die Armut begleitete die Dörfer über die Jahrhunderte; sie wurde vermehrt durch die erschöpfenden Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts, und die Bezeichnung des Landvolks als „arme Leute“ weist darauf hin, daß man Armut mit dem Bauernstand allgemein verband.

Vom christlichen Standpunkt aus suchte man die Armut zu bekämpfen; es wurden fromme Stiftungen gemacht, man gründete Armenpflegen und unterstützte auf solche Weise die Landarmen. Aber in vielen Fällen war es nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, so sehr auch die Vermöglichen aufgefordert und auch bereit waren, gegen die Armut anzukämpfen. Vielen Armen blieb aber nichts anderes übrig, als bettelnd heranzuziehen und, ob Kind oder Erwachsener, sich an den Türen der wenigen Vermöglichen ein kleines Almosen abzuholen.

Im Jahr 1820 führte man in Württemberg eine statistische Erhebung über die Zahl der Armen durch. Dabei zählte man bei einer Gesamtbevölkerung von 1,4 Millionen Menschen 64 896 Arme, die sich folgendermaßen aufgliederten:

Waisen	4 645
unverheiratete erwachsene Arme	13 389
arme Familien	15 154 = 46 862 Personen.

Im Durchschnitt kam auf 22 Einwohner ein Unterstützungsbedürftiger.

Die Gründe für die Armut waren vielgestaltig. Zum einen war die Markung vieler Gemeinden zu klein und reichte für die sich vergrößernde Einwohnerzahl nicht mehr aus, zum anderen vernichteten Mißwachs, zu große Feuchtigkeit oder Trockenheit mehrmals die Ernte und überdies erstickten drückende Schulden, die durch Armut entstanden waren, jede Initiative und führten zu weiterer Verschuldung. Schließlich finden sich auch Fälle, wo die Gläubiger ihre Kredite kündigten, vor allem wenn Konkurse (Gantfälle) auf schwierige Situationen im Dorf hinwiesen. Vielen, die vor dem Nichts standen, blieb daher nur noch der eine Weg offen, die Heimat zu verlassen und in die Ferne zu ziehen. Die Regierung erkannte durchaus die Lage der Armen. Schon Herzog Eberhard im Bart richtete 1495 vier Kornkästen zum Ankauf und zur Lagerung von Getreide für Arme ein. Nach einer Kastenordnung Herzog Ulrichs aus dem Jahr 1536 wurden die Städte und Ämter angewiesen, Restgelder, die von den Kirchen- und Schulbesoldungen übrig

geblieben waren, zu sammeln und den Armen auszuteilen. Demselben Zweck sollte das Sammeln von freiwilligen Almosen dienen. Im übrigen lag die Wohlfahrtspflege in den Händen der Kirchen und Gemeinden und wurde den Stiftungs- und Heiligenpflegern vom Kirchenkonvent übertragen. Diese örtlichen Pflegen wurden von der Heiligen- und Armendeputation beaufsichtigt.

In den großen Städten, wo viele Stiftungen vorhanden waren und die Almosen reichlich flossen, mag man damit die Armut zurückgedrängt haben, aber auf dem Land, wo die Armenstiftungen gering waren, genügten ihre Unterstützungsgelder bei weitem nicht. Daher nahm König Friedrich die Armen- und Stiftungsverwaltung den Gemeinden zu Anfang des 19. Jahrhunderts und übertrug sie der Staatsfinanzverwaltung, die damit auch die Leistungen für Armenzwecke zu übernehmen hatte.

Als in den Jahren 1816 und 1817 in Württemberg große Hungersnot und Teuerung herrschte, traf König Wilhelm unmittelbar nach seiner Thronbesteigung Maßnahmen, die zum Teil von Königin Katharina, einer russischen Großfürstin, angeregt waren. Geplant wurde die Einrichtung der „Zentraleitung des Wohltätigkeitsvereins für das ganze Land und zur Abwendung der dringendsten Not“ (Gesetz vom 7. Januar und 15. April 1817). Hier sollte die freiwillige, karitative Tätigkeit des Landes zur besseren Fürsorge für die Armen einheitlich zusammengefaßt und als amtliche Zentralstelle mit einem gewissen Vereinscharakter dem König unmittelbar unterstellt werden. Neben der Unterstützung öffentlicher Armenversorgungsanstalten durch freiwillige Beiträge sollte der Verein in erster Linie durch Beschäftigung zur Abwehr des Bettels beitragen sowie durch Vermittlung von Arbeit, Einführung neuer Industriezweige, Anregung des Sparsinns und Fürsorge für die Jugend gegen die Armut ankämpfen. Die Geldmittel aus Staatsbeiträgen, Geschenken und Stiftungen sollten nicht zur unmittelbaren Armenunterstützung verwendet werden, wengleich das dann in der Praxis häufig der Fall war, sondern es sollten damit zur besseren Erziehung und Bildung der Jugend Armen- und Industrieschulen gegründet werden, die in bescheidenem Sinne die Vorläufer der späteren Berufs- und Handarbeitsschulen waren. Auch an die Einrichtung von Erziehungshäusern, Kleinkinderbewerhanstalten, Kleinkinderschulen, Geldleihanstalten und Sparkassen war gedacht und solche wurden, je nach Lage der einzelnen Gemeinde, auch eingeführt und finanziell unterstützt.

Im Dezember 1816 lud Königin Katharina sieben Frauen und zehn Männer zur Bildung eines Zentral-Wohltätigkeitsvereins nach Stuttgart ein; es folgte im Januar 1817 die erste Sitzung unter Vorsitz des Königs und der Königin, bei der der Entwurf einer Satzung ausgearbeitet und ein offizieller Aufruf zur Bildung von Privatarmenvereinen auf Lokal- und Oberamtsebene erlassen wurde. Nach dem Tod der Königin 1819 ging das Präsidium auf König Wilhelm I. über.

Der Anlaß zur Gründung waren die schweren Lasten der napoleonischen Kriege, das Hungerjahr 1816 und die allgemeine Verarmung der Bevölkerung. Die Leitung auf Oberamtsebene wurde dem jeweiligen Oberamtmann und Dekan übertragen, denen der Kirchenkonvent, der Oberamtsarzt und die Stiftungs- und Armenpfleger beratend zur Seite standen und die in Jahresberichten der Zentraleitung über die Verhältnisse des Amtes und der Dörfer zu berichten hatten.

Von großer Wichtigkeit war es, die Armen zweckmäßig zu beschäftigen und ihnen so zu einem, wenn auch kleinen, Verdienst zu verhelfen. Dies sollte in Industrieschulen geschehen, wo junge Leute, fast noch im Kindesalter, einfache Gerätschaften (Körbe, Matten, Handarbeiten) herstellten, um aus ihrem Erlös die Unkosten der Schule zu decken oder auch ein paar Gulden für sich zu verdienen.

Neben den Industrieschulen eröffnete man sogenannte Suppenanstalten zur Linderung der bittersten Not der Hungerjahre 1816 und 1817. Dort, wo solche Anstalten nicht eingerichtet werden konnten, suchte man durch Brotverteilung den Hunger zurückzudrängen. Es sei allerdings mit Schwierigkeiten zu rechnen, hieß es in einem Aufruf, (Kunst)-Gewerbe in Ortschaften einzuführen, die sich nur mit Landwirtschaft beschäftigten,

aber trotzdem mußten die Lokalvereine dafür sorgen, daß die auftretenden Schwierigkeiten überwunden werden. Und in der Tat führten manche dieser Schulen ihre Mädchen so weit, daß sie das Sticken und Klöppeln lernten. „Dieser Zweck sollte allgemein verfolgt werden, damit das Landvolk auch im Winter eine Beschäftigung habe und das durch Kunst und Fleiß einbringen könne, was in Mißjahren die Natur versagt hat.“

In den Städten sollten die Wohltätigkeitsvereine zu Spenden an Geld, Getreide, Wolle, getragenen Kleidern, Bettzeug aufrufen, alles Dinge, die zur Linderung der Not beitragen konnten. Die Regierung selbst stellte aus ihren Magazinen Getreide zu reduzierten „Gnadenpreisen“ zur Verfügung, das zwar als Saatgut sehr nützlich war, aber die mittellosen Bauern und Gemeinden mit neuen Schulden belastete.

Besonders ausgebreitet war das Betteln und „Fechten“. In vielen Gemeinden gab es Leute, die nur auf solche Weise sich durchbringen konnten. Dabei wurden vor allem Kinder eingesetzt, die oft gruppenweise in den Dörfern bettelnd herumzogen. In Zaberfeld sollen es 1835 15 bis 20 Kinder gewesen sein, in Stockheim wird die Zahl der Bettler mit 12 bis 14 angegeben. Da aber dazuhin noch zahlreiche Bettler aus dem Kraichgau und dem Mainhardter Wald im Zabergäu „arbeiteten“, beklagten sich die Gemeinden über den übergroßen Bettel und über die Konkurrenz der einheimischen und auswärtigen Bettler. Ihre Lage verschlechterte sich in dem Maße, je kleiner die Zahl der Besitzenden wurde, denn die Hungerjahre hatten auch viele von diesen an den Rand des Ruins gebracht.

All das verlangte dringend nach Abhilfe. In Brackenheim wurde daher nach 1817 ein Bezirkswohltätigkeitsverein nach dem Vorbild des Stuttgarter Vereins gegründet. Er scheint aber nach einer gewissen Zeit eingeschlafen zu sein, denn 1836 und 1852 wurde er erneuert und später mit dem Bezirkskinderrettungsverein zusammengeschlossen. Industrieschulen finden wir in den meisten Orten; bis 1837 gab es solche bereits in 15 Gemeinden: Massenbachhausen 1817, Brackenheim 1818, Schwaigern 1819, Stetten 1820, Stockheim 1822, Nordheim 1834, Zaberfeld 1837, Klingenberg 1834, Botenheim 1843, Haberschlacht und Neipperg 1828. Kinderindustrieschulen waren 1822 für Stockheim und Pfaffenhofen geplant, 1835 werden Armen- und Kinderbeschäftigungsanstalten für Leonbronn, Eibensbach, Massenbach und Brackenheim genannt. Schließlich dachte man an die Errichtung eines Arbeitshauses in Brackenheim. In Alt-Cleebronn wurde 1836 eine Leihanstalt als Vorgängerin einer Sparkasse eingerichtet.

Während man bis zu 60 Jugendliche in den Industrieschulen unterbrachte und ausbildete, wobei die Zahl der Mädchen überwog, war es viel schwieriger, Arbeit für ältere Arme zu finden. Wenn möglich wurden sie beim Straßenbau und Steinklopfen eingesetzt, da eigentliche Tagelöhnerarbeit bei dem großen Angebot an Arbeitskräften und den wenigen Stellen kaum zu finden war.

Wie die Verhältnisse im Zabergäu waren, soll am Beispiel von Stockheim ausführlicher gezeigt werden. Neben Klingenberg, Eibensbach und Spielberg gehörte Stockheim zu den ärmsten Orten des Bezirks. Das lag einmal an der geringen Markungsgröße (etwa 1000 Morgen bei ca. 500 Einwohnern), die daher rührte, daß der Ort, von württembergischem Territorium umgeben, bis 1806 zum Deutschorden gehörte und für benachbarte Gemeinden Ausland war. Ferner war Stockheim sehr stark verschuldet, was auf die napoleonischen Kriege zurückgeht, als die Gemeinde für kaiserliche und französische Schanzer 5 609 Gulden aufzubringen hatte, was nur möglich war, indem sie sich bei der Pfarrpfündstiftung sowie der Kirchen- und Leprosenpflege Eschenbach mit 3 500 Gulden verschuldete. Da aber weder die Schuldsomme noch die Zinsen bezahlt werden konnten, war die Schuld bis 1835 auf 8 800 Gulden, bei einem Zinsrückstand von 5 320 Gulden, angestiegen. Auch wenn dem Schuldner die Hälfte der Zinsen erlassen wurde, so überstieg die verbliebene Schuldsomme von 6 156 Gulden bei weitem das Zahlungsvermögen der Gemeinde, zumal auch beim Gemeindehaushalt von 1839 die Ausgaben mit 1 690 Gulden weit die Einnahmen von 530 Gulden überstiegen. Auch der Zustand der Stiftungspflege, bei der die Armenstiftungen verrechnet wurden, war völlig unbefrie-

digend. Aus der Jahresrechnung von 1873, die nur wenig von den früheren abgewichen sein dürfte, geht hervor, daß aus zwei Posten von 120 und 60 Gulden ca. 18 Gulden Zinsen für Almosenbrot und Unterstützungen anfielen, die an Jahrtagen und am Karfreitag an Arme verteilt wurden.

Eine weitere Notlage für Stockheim brachten die veränderten politischen Verhältnisse. Während früher durch den Beamten des Deutschordens in Notzeiten Getreide gegen mäßigen Preis ausgegeben wurde, hörte das nach dem Übergang an Württemberg 1806 auf. Stockheim kam zum Oberamt Brackenheim, und aus dem Deutschordensgut auf dem Stocksberg wurde eine württembergische Domäne. Hätte die württembergische Regierung damals das Schloßgut unter den Bauern aufgeteilt, was von allen gewünscht wurde, dann wäre den Bauern auch bei einer Erhöhung der Verschuldung das Wirtschaften leichter gefallen. Vom Ackerfeld gehörten allein 180 Morgen zum Schloßgut. Die 120 Morgen Weinberge der Bauern reichten nicht aus, ihnen einen ausreichenden Unterhalt zu sichern. Dazu hatte die Gemeinde jährlich an Gült und Landacht 125 Scheffel Getreide und an Bodenwein 33 Eimer abzuliefern. Selbst beim besten Ertrag konnte sie das Lebensminimum kaum erreichen; dazu wären Handel, Gewerbe und eine wesentlich verbesserte Viehzucht notwendig gewesen.

Das Jahr 1816 war ein Jahr, in dem wegen vielen Regens und stehender Nässe die Erträge des Feldes so gering waren, daß die allermeisten Bauern nicht durchs Jahr kommen konnten. Ein Schreiben der Gemeinde Stockheim vom 1. Juni 1817 zeigt dies. Es heißt hier: Die Gemeinde sei buchstäblich vom Hunger bedroht. Von den 120 Familien könnten kaum fünf mit ihren Vorräten bis zur nächsten Ernte durchhalten. Die armen Leute ernährten sich von „Nahrungsmitteln“, die sonst nur von Tieren aufgenommen würden, nämlich Schnecken, Wurzeln, Kräutern, Disteln, Buschkraut, die ohne jedes Fett zu Gemüse gekocht werden. Die wenigen Kartoffeln seien längst aufgezehrt, Brot sei eine Seltenheit. Die meisten bekämen erst nach acht Tagen ein kleines Stück. Ein Familienvater mit sechs Kindern müsse einen ganzen Tag arbeiten, um für die Kinder vier Wecken zu bekommen. Viele der Leute seien zur Arbeit zu schwach. Nach ein paar Stunden sinken sie zusammen. Sie hätten praktisch nichts, weder Geld noch Nahrungsmittel und auch keine Arbeit, die ihnen einen noch so geringen Verdienst bringen könnte. In Lumpen gekleidet laufen sie herum. Die Ursache für dieses Elend rührte zum Teil von der schlechten Ernte her, sei aber auch geschichtlich bedingt durch die Verhältnisse nach der württembergischen Besitznahme.

Ähnlich schlimm waren die Zustände in Eibensbach, das mit seinen 422 Einwohnern ebenfalls zu den allerärmsten Orten des Bezirks zählte. Hier wurde eine Suppenanstalt eingerichtet und vom März 1817 bis zum Beginn der neuen Ernte für 433 Gulden täglich Suppe ausgegeben. Dazu erhielt die Gemeinde von der Zentralleitung einen Beitrag von 120 Gulden. Auch die Gemeinden Klingenberg, Leonbronn, Neipperg und Zaberfeld wurden von der Zentralleitung mit insgesamt 1 669 Gulden unterstützt.

Nicht ganz so schlimm, aber doch auch notvoll war die Lage in der Zeit um 1853. Infolge der schweren Gewitter mit Hagelschlag und der auftretenden Kartoffelfäule fiel die Ernte dieser Fruchtart fast ganz aus. Mit Staatsbeiträgen, Kollektengeldern, dem Ertrag eines Armenfruchtart in Stuttgart und aus Mitteln der Zentralleitung kam soviel Geld zusammen, daß die Gemeinden je nach dem Grad ihrer Not unterstützt werden konnten. Auch hier steht Stockheim wieder an der Spitze (Stockheim 500 Gulden, Frauenzimmern 475 Gulden, Spielberg 300 Gulden, Eibensbach 290 Gulden, Haberschlacht 400 Gulden, Neipperg 190 Gulden, Cleeborn und Zaberfeld je 47 Gulden, Ochsenbach 40 Gulden, Klingenberg 27 Gulden und Michelbach 15 Gulden). Die anderen Gemeinden blieben entweder vom Hagelschlag verschont oder besaßen bedeutendere Stiftungspflegen, die zur Unterstützung der Geschädigten hinreichten.

Immer wieder lesen wir von der bedrängten Lage Stockheims. 1854 heißt es: Die Gemeinde habe keine Einkünfte, kein Grundeigentum, keine Schäferei und kein Kapitalvermögen. An Schulden habe sie 5 800 Gulden, 117 Bürger (nicht Einwohner) müßten

einen Gemeindeschaden von 1300 Gulden aufbringen. An nutzbarem Land stünden 700 Morgen zur Verfügung, 100 Personen müßten ein öffentliches Almosen in Anspruch nehmen. Die Lasten würden von wenigen Vermöglichen getragen.

Ähnlich ungünstig klingt der Bericht über Haberschlacht von 1847. Die Gemeinde mit damals 713 Einwohnern hatte nur 30 Gulden und ca. 50 Gulden aus auswärtigen Beiträgen, die zur Verteilung kommen konnten. Die Gemeindeausgaben überwogen weit die Einnahmen. Zwölf Personen wurde es erlaubt, bei 25 genannten Familien das Almosen zu holen. Allgemein war die Lage der Gemeinde recht gedrückt. Reiche Einwohner gab es nicht, und die wenigen, die bisher die Armen in größerem Maß unterstützten, konnten sich gerade über dem Wasser halten. Der Gemeindebesitz war gering; die Gemeinde hatte nur 99 Morgen Wald, dafür aber eine Schuld von 6 000 Gulden zu verzinsen und eine Staatssteuer von 392 Gulden und einen Gemeindeschaden von 980 Gulden aufzubringen. Die Stiftungspflege mit 920 Gulden Kapital fiel demgegenüber nicht ins Gewicht. Um der Gemeinde etwas aufzuhelfen, wurden ihr aus Staatsvorräten 120 Scheffel Dinkel, 3 Scheffel Roggen und 30 Scheffel Haber zu ermäßigtem Preis zugewiesen. Auch erhielt Haberschlacht 186 Simri Kartoffeln zur Saat.

Am 14./15. Juli und am 28. August 1874 gingen schwere Gewitter über dem Heuchelberg nieder und richteten auch am 9. Juli durch Hagel große Schäden an. Haberschlacht wurde besonders davon betroffen. Alles stand schön auf den Feldern, auch die Weinberge versprachen einen guten Ertrag. Der dreimalige Hagelschlag verwüstete die Markung so, daß fast jeder Halm verletzt wurde und nicht einmal soviel geerntet werden konnte, als man zur Saat für das nächste Jahr brauchte. Der landwirtschaftliche Ortsverein sorgte zwar für die Lieferung von 140 Zentnern Dinkel, 22 Zentnern Roggen und 33 Zentnern Weizen, aber die Rechnung von 1 600 Mark überstieg die finanzielle Leistungskraft der 608 Einwohner. Das zeigen ihre Vermögensverhältnisse. Die 21 ärmsten Einwohner hatten zusammen 152 Mark Vermögen, 48 Bedürftige 960 Mark und unter allen war keiner, der mehr als 400 Mark besaß. Die Zentralleitung sprang helfend ein und verteilte unter ihnen 1 850 Mark.

Außer Haberschlacht waren noch andere Gemeinden vom Hagel betroffen worden. Der Gesamtschaden wurde auf 64 636 Mark geschätzt, den die Zentralleitung mit 11 750 Mark abdeckte. Stockheim erhielt 300 Mark, Leonbronn 1 050 Mark, Neipperg 1 250 Mark, Ochsenburg 1 550 Mark, Zaberfeld 500 Mark, Kleingartach 1 800 Mark, Niederhofen 1 450 Mark, Michelbach 600 Mark und Stetten 800 Mark. Stetten, das einen Hagelschaden von 49 620 Mark erlitt, wurde weniger bedacht, weil es eine wohlhabende Gemeinde mit einem Kapitalvermögen von 4 773 Mark und einem Stiftungsvermögen von 2 720 Mark war, 800 Morgen Wald besaß und daraus jährlich 1 800 Mark erwirtschaftete und jedem Bürger 50 Wellen Holz zuteilen konnte. Nordheim (1 170 Einwohner) verzichtete trotz eines Schadens von 64 893 Mark wie auch Brackenheim und Schwaigern zugunsten der finanzschwachen Gemeinden auf eine Entschädigung.

Schwierig war auch die Lage der Gemeinde Eibensbach (422 Einwohner) im Jahr 1847. Von 70 Familien mußten 48 unterstützt werden. Die Markung war klein und der Boden schwer und unergiebig. Im Jahr 1840 war durch Frost ein Teil der Reben zugrundegegangen; 1846 wurden nur 50 Eimer Wein bei geringem Preis erzeugt. Sowohl die Gemeinde- als auch die Stiftungspflege schlossen mit einem Defizit ab. Das gemeinschaftliche Oberamt hielt daher die Einrichtung einer Suppenanstalt für drei Monate für zweckmäßig, wenn täglich mit Hilfe der Zentralleitung zwei Gulden aufgewendet werden könnten.

Schließlich bedurfte auch Zaberfeld (741 Einwohner) der Hilfe; 65 Familien mit 254 Personen litten Not. Ein Nervenfieber im Jahr 1846 hatte diese Not noch vermehrt. Anstelle einer Suppenanstalt bat die Gemeinde um einen Staatsbeitrag, um wöchentlich an die Armen zwei bis drei Pfund Mehl ausgeben zu können. Der Besitz an Wald und Gütern (218 Morgen und 11 Morgen) reichte nicht hin, um daraus das Defizit der Gemeindekasse und der Stiftungspflege auszugleichen. Schließlich war noch jährlich ein

Gemeineschaden von 300 Gulden, eine Staatssteuer von 800 Gulden und ein Amtsschaden von 230 Gulden aufzubringen.

Eine Besserung der ökonomischen Lage trat erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein. Einige gute Frucht- und Weinjahre hatten entspannend gewirkt und die Not zurückgedrängt, so daß der evangelische Dekan in einem Beicht um 1900 mitteilte, daß weder Hunger noch besondere Notfälle mehr in den Gemeinden des Zabergäus festzustellen seien. Dies änderte sich aber wieder, als um 1905 die Weinberge von der Peronospera befallen wurden und viele Weinberge daran zugrunde gingen. Die Verschuldung der Landwirtschaft blieb noch bis in den Ersten Weltkrieg hinein. Erst die guten Weinherbste 1918 führten zu ihrer Entschuldung.

Um nochmals auf Stockheim zurückzukommen, so war Meierei und Schloß Stocksberg 1806 infolge der Rheinbundakte vom Deutschorden an Württemberg übergegangen. Im Jahr 1832 verkaufte der Staat die Domäne um 36 700 Gulden an die Witwe Fröhlich; von dieser kamen 1843 Hof und Schloß an den Grafen Neipperg (um 77 000 Gulden). Dieser verkaufte 1873 das Meiereigut um 110 950 Mark an die Gemeinde Stockheim. Die so gewonnenen 200 Morgen Ackerland wurden jetzt in 164 Parzellen aufgeteilt und an die Einwohner abgegeben. Der Rest des Schloßgutes, 40 Morgen Ackerland, kam drei Jahre später um 36 000 Mark an Frau Schippert aus Stuttgart und später an Fabrikant Eduard Gießler.

Der Erwerb des Gutes durch die Gemeinde entsprach jedoch nicht den Erwartungen. Man hatte sich eine weitgehende Erholung der Landwirtschaft durch die vergrößerte Markung erhofft. Doch teils fehlte es an der Art der Bewirtschaftung, teils am Einsatz; Ernteauffälle und schlechte Erträge kamen dazu. Dadurch nahm die Schuldenlast der Bevölkerung nicht nur ab, sondern wuchs noch weiter. Da es so nicht weitergehen konnte, setzte die Gemeinde aufs Ganze und wagte im Jahr 1894 eine erneute Schuldaufnahme von 100 000 Mark bei 4% bei der Württembergischen Sparkasse, um der notleidenden Bevölkerung unter die Arme zu greifen. Dafür sollte der ganze Gemeindebesitz (Gebäude, Wald und Güter) verpfändet und das Geld als Darlehen an bedrängte Einwohner gegen eineinhalbfache Pfandsicherheit ausgegeben werden. Anlaß zu der beabsichtigten Stützaktion waren vier Gantfälle (Konkurse) im Jahr 1894 und die Gefahr neuer Konkurse, die die Kreditwürdigkeit der Einwohner bedrohten. Denn es waren infolge der Gantfälle bereits zahlreiche Bürgschaften gekündigt worden und manche Einwohner mußten ihre letzte Habe verpfänden.

Die Frage der erneuten Schuldaufnahme wurde von der Regierung sehr sorgfältig geprüft, aber dann doch abgelehnt, weil sich die Gemeinde in eine allzu gefährliche Verschuldung begeben hätte und die eineinhalbfache Pfandsicherheit bei sehr vielen Einwohnern nicht zu erreichen war. Wahrscheinlich war die Entscheidung der Regierung richtig, denn Stockheim hatte noch im Jahr 1905 einen großen Schuldenbetrag zu verzinsen und hatte mit 27% die höchste Umlage. Denn daß bei einer so gespannten finanziellen Lage ein Fehljahr wie 1816 zur totalen Katastrophe hätte führen müssen, war jedermann klar.

Die Aufgaben der Zentralleitung bestanden auch in den Jahren weiter, wo keine direkte Not herrschte. Aber es gab immer wieder Notfälle auf dem Lande, bei denen diese Stelle, wie ihre Jahresberichte zeigen, helfend einsprang. Besonders wichtig war die Aufgabe des Kinderrettungswesens. Gefährdete Kinder sollten in ein anderes Milieu versetzt und bei anderen Familien untergebracht werden. Auch suchte der Verein durch geeignete Mittel, dem Bettel und dem Stromerwesen Einhalt zu tun.

In Brackenheim wurden 1906 der Bezirkswohlwärtsverein und der Kinderrettungsverein (bisher Kinderbewahranstalt), der seit 1856 bestand, zusammengeschlossen und bis 1934 unter Leitung des Oberamtmanns und des Dekans geführt, bis das ganze Wohlfahrtswesen in die NS-Volkswohlfahrt übergeführt wurde.

Eine besondere Stelle nahmen die ehemaligen sternenfelsischen Gemeinden Ochsenburg, Zaberfeld, Leonbronn und Michelbach ein. Nach ihrem Übergang an Württemberg

1749 wurden sie bis 1806 in der Kammerschreiberei Ochsenburg zusammengefaßt und von dort aus verwaltet. Aus den reichen Aktenbeständen erfahren wir Näheres über ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse.

Die vier Gemeinden wünschten eine Befreiung von den Fronlasten, da die württembergische Verwaltung die Fronen in Geldabgaben umgewandelt hatte, während sie in sternenfelsischer Zeit durch Arbeitseinsatz (Fronarbeit) aberdient werden konnten. Und diese Art zogen die Bauern vor. Nun waren beim Verkauf der Herrschaft Sternenfels 1749 die Fronlasten kapitalisiert und mit 15 375 Gulden angeschlagen worden (Ochsenburg 4 275, Leonbronn 1 920, Zaberfeld 7 200, Michelbach 1 980 Gulden). Die württembergische Verwaltung erhob jährlich 575 Gulden (ca. 4%) als Frongeld (Ochsenburg 175, Leonbronn 68, Zaberfeld 250, Michelbach 81 Gulden). Eine Witwe oder ein Witwer mußten 1 Gulden 30 Kreuzer, ein Handfröner 1 Gulden 45 Kreuzer, ein Bauer mit ein Paar schwachen Stieren (Halbbauer) 2 Gulden 30 Kreuzer und ein Bauer mit ein Paar Ochsen (Ganzbauer) 3 Gulden 15 Kreuzer bezahlen. Nur die einst sternenfelsischen Bewohner von Leonbronn waren von den Frongeldern ausgenommen.

Außer den Frongeldern erhob die württembergische Verwaltung die landesüblichen Abgaben wie Steuern, Zölle sowie Gebühren anläßlich oberforstlicher Inspektionen der Kommunwälder, der Rechnungsprüfung oder den Kirchenvisitationen. Diese Abgaben hatten die sternenfelsischen Gemeinden zuvor nicht gekannt.

Um ihre Bitte zu verstärken, legten die Pfarrer und Gemeindevertreter die Vermögensverhältnisse ihrer Bürger offen dar und erreichten, daß Herzog Carl Eugen ihnen ein Gratial von 60 Gulden und verbilligt 50 Scheffel Roggen und 100 Scheffel Dinkel zuwies. Die Bevölkerung wurde dabei in vier Gruppen gegliedert:

1. Ganz Arme, die über nichts verfügten
2. Hausarme (Almosenempfänger), deren Jahresertrag an Feldfrüchten nicht das ganze Jahr für die Familie hinreichte
3. Bürger, die gerade mit Mühe und Not durchs Jahr hindurchkamen, ohne etwas sparen zu können
4. Bürger, die etwas mehr ernteten und den Almosenempfängern etwas geben konnten.

Im ganzen zählte man 1780 zur ersten Gruppe, 20 Familien mit 53 Personen und zur zweiten, 176 Familien mit 801 Personen. Im einzelnen ergaben sich für die vier Gemeinden folgende Zahlen:

1. Ochsenburg	(401 Einwohner)
Ganz Arme	2 Familien (3 Personen);
Hausarme	47 Familien (180 Personen);
Gruppe 3	34 Familien (98 Personen);
Gruppe 4	4 Familien (16 Personen).
2. Leonbronn	(331 Einwohner)
Ganz Arme	6 Familien (15 Personen);
Hausarme	45 Familien (205 Personen);
Gruppe 3	20 Familien (47 Personen);
Gruppe 4	6 Familien (18 Personen).
3. Zaberfeld	(611 Einwohner)
Ganz Arme	13 Familien (35 Personen);
Hausarme	51 Familien (214 Personen);
Gruppe 3	34 Familien
Gruppe 4	7 Familien.
4. Michelbach	(224 Einwohner)
Ganz Arme und Hausarme	32 Familien (202 Personen, „alle gleich arm“);
Gruppe 3	10 Familien;
Gruppe 4	keine Familie.

Da in den vier Gemeinden die Stiftungs- und Heiligenpflegen nur über ganz geringe Einkünfte und Zinsen verfügten, war nicht viel zu verteilen. In einem Fall bekam ein Armer drei Kreuzer in der Woche, in einem anderen Fall einen Gulden. Die ganz Armen durften am Samstag von Haus zu Haus gehen und das Almosen einsammeln. Das Brot, das sie dort bekamen, war weithin mit Wicken, Bohnen und Kartoffeln vermengt.

Als Hauptübel der Armut wurde die Arbeitslosigkeit angesehen; es gab kein Tagelöhnergewerbe und daher mußten die Männer im Sommer versuchen, in der Umgegend ein solches zu finden. Im Winter bestand ihre Tätigkeit darin, Holz aus dem Wald für den Hausbrand herbeizuschaffen, was zu vielen Holzexzessen führte. Auch gab der landwirtschaftlich genutzte Boden nicht so viel her wie in anderen Gegenden. Daher wurde im Ochsenburger Amt sehr viel Roggen (statt Dinkel) angebaut, aber das Erzeugnis konnte nur schwer mit dem Roggen von anderwärts auf den Fruchtschranken konkurrieren. Die Not zwang viele Bauern, ihr Vieh abzuschaffen oder stark zu reduzieren. Und da außer ein paar Steinbrüchen kein Gewerbe vorhanden war, blickten alle in eine düstere Zukunft.

Fassen wir zusammen. Über große Teile des 19. Jahrhunderts war die wirtschaftliche Lage in den Dörfern des Zabergäus eine recht düstere. Bei sehr vielen Familien war die Armut ein ständiger Gast, was viele zwang, in der Ferne ihr Glück zu suchen. Die „Armen Leute“, wie man früher die Landbevölkerung oft nannte, war wirklich arm dran. Eine Wende zum Besseren erfolgte erst in unserem Jahrhundert, als die Schuldenlast verschwunden war und veränderte landwirtschaftliche Methoden im Landbau und der Viehzucht größere Erträge und damit auch mehr Geld einbrachten.

#### *Quellen und Literaturhinweise*

Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestände A 259 BÜ 408, A 284/18 BÜ 41; E 143 BÜ 153, 220 und 277. Staatsarchiv Ludwigsburg, Bestand F 158 BÜ 103 und 254.

Akten zur Wohltätigkeits- und Sozialpolitik Württembergs im 19. und 20. Jahrhundert. Bearbeitet von Wolfgang Schmierer, Karl Hofer und Regina Schneider, Stuttgart 1983 (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg Band 42).

## Die Schäfereien des oberen Zabergäus (II)

### *Die Leonbronner Schäferiei*

*von Gerhard Abfahl*

Die Gemeinde Leonbronn besaß wohl von früher her ein Schäferieirecht, während die Vogtherrschaft den drei anderen sternenfelsischen Gemeinden verbot, eigene Schafe zu halten. Vermutlich rührt das daher, daß ein Teil von Leonbronn der württembergischen Herrschaft unterstand. Das Weiderecht beschränkte sich auf die eigene Markung und den Anteil an der Mörderhausener Egart; der Trieb auf die Markungen der anderen Gemeinden blieb der Gemeinde Leonbronn verboten. Dagegen war es dem Ochsenburger Schäfer erlaubt, die Leonbronner Markung zu befahren und auch der Kürnbacher Schäfer hatte das Durchtriebsrecht zur Mörderhausener Egart.

Als sich die wirtschaftliche Lage Leonbronns durch Krieg und Not im 17. Jahrhundert zusehends verschlechterte, war die Gemeinde gezwungen, ihr Weidgangsrecht 1694 um 125 Gulden an den Vogtherrn Bernhard von Sternenfels zu verkaufen. Dieser richtete dort eine besondere Schäferiei ein, wozu anfangs auch Michelbach und der Pfitzenhof gehörten.

Als erster Schäfer ist bekannt Johann Conrad Schäufler (1731–1734, Weidgeld 70 Gulden). Er genoß freie Wohnung, Hof und Garten in Leonbronn. Sein Nachfolger war Jakob Maysenhälder, zuvor Schäfer in Bretzfeld (1734–1737). Das Bestandgeld wurde auf 100 Gulden erhöht; außerdem hatte er jedes Jahr der Herrschaft zwei gute Lämmer zu liefern und gegen Gebühr die herrschaftlichen Äcker zu pferchen.